



Bad Schwalbach, den 11.06.2019

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung
Sitzungsnummer	20/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 11. Juni 2019
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	17:28 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Paul Weimann	
-------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Klaus-Peter Güttler	
Herr Günther Heckel	
Herr Christian Kessner	
Frau Linke-Diefenbach	
Herr Lothar Metternich	
Herr Volker Mosler	
Herr Andreas Prokschy	
Frau Inga Rossow	
Herr Harald Schmelzeisen	

Dezernent

Herr Günter F. Döring	
Herr Dr. Clemens Mödden	
Herr Hans-Joachim Pirschle	

Dezernentin

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann	
Frau Monika Merkert	

Schriftführerin

Frau Yvonne Grein	
-------------------	--

Der Ausschussvorsitzende Weimann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung um 16:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, Landrat Kilian und die Vertreter des Kreisausschusses.

Alle Anwesenden gedenken dem langjährigen Ausschussmitglied, Herrn Bürgermeister Udo Scheliga, der im Mai plötzlich verstorben ist.

Landrat Kilian schlägt vor, den TOP 13 von der Tagesordnung abzusetzen, weil über die Einführung von Jugendtaxi bereits im JUBIS umfassend beraten wurde.

Ausschussvorsitzender Weimann bittet darum, die TOP 9 und 23 sowie die TOP 14 und 24 gemeinsam zu beraten. Die Ausschussmitglieder folgen den Änderungsvorschlägen zur Tagesordnung einstimmig.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 19.03.2019

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

TOP 2. DS X/920 OPNV On Digital Demand, Berichts Antrag Nr. 06/19 der SPD-Fraktion; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Abg. Güttler stellt ergänzend zur Stellungnahme der Verwaltung die Frage, ob sich die Gesellschafterversammlung der RTV bereits mit den On-Digital-Demand-Systemen beschäftigt hat. KB Döring erläutert dazu, dass die Gesellschafterversammlung sich bereits intensiv mit einem On-Digital-Demand System auseinandergesetzt hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 3. DS X/921 Barrierefreier Busverkehr, Berichtsantrag Nr. 05/19 der SPD-Fraktion;
Stellungnahme der Verwaltung**

Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 4. DS X/922 Änderungen bei Bündelausschreibungen des RTV, Berichtsantrag Nr. 03/19 der GRÜNEN-Fraktion;
Stellungnahme der Verwaltung**

Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 5. DS X/923 App-Verfügbarkeit von Fahrplandaten, Antrag Nr.04/19 der SPD-Fraktion;
hier: Stellungnahme der Verwaltung**

Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 6. DS X/924 Hardware-Nachrüstung Busse, Berichtsantrag Nr. 33/18 der SPD-Fraktion;
hier: Stellungnahme der Verwaltung**

Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 7. DS X/925 Situation ÖPNV und Schülerbeförderung, Berichtsantrag Nr. 32/18 der SPD-Fraktion;
hier: Stellungnahme der Verwaltung**

Abg. Güttler fragt ergänzend zur Stellungnahme der Verwaltung, ob das ITCS-System zur Überprüfung der Ausfälle und Verspätungen bereits im Einsatz ist. KB Döring berichtet, dass bis auf ein Unternehmen alle Unternehmen mit ITCS ausgestattet sind. Beim noch ausstehenden Unternehmen fehlt die erforderliche Zustimmung des Betriebsrates.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 8. DS X/927 Citybahn im Aartal, Berichts Antrag Nr. 29/18 des fraktionslosen Klein vom 17.11.2018 und Ergänzungsantrag der AfD-Fraktion vom 07.12.2018, hier: Stellungnahme der Verwaltung

Abg. Kessner kündigt an, zum o.g. Thema weitere Berichtsanträge zu stellen, weil die Fragen aus seiner Sicht nicht in ausreichender Tiefe beantwortet sind.
Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 9. DS X/928 Kostenfreies Busticket für Kreisbedienstete; Berichts Antrag Nr. 31/18 der SPD-Fraktion, hier: Stellungnahme der Verwaltung

Die TOP 9 und 23 werden gemeinsam in TOP 9 behandelt. Zum TOP 23, Antrag der SPD-Fraktion vom 22. Mai 2019 wurde ein Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 9. Juni 2019 gestellt, der dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt ist.

Abg. Güttler unterstreicht die Wichtigkeit, der Überlegungen, ein Jobticket einzuführen.
Der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion wird in den Antrag der SPD-Fraktion vom 22. Mai 2019 übernommen.

Landrat Kilian berichtet, dass die Verwaltung zum Thema Jobticket mit dem Hessischen Landkreistag in Verbindung Kontakt aufgenommen hat. In acht von 21 Landkreisen in Hessen ist ein Jobticket bereits eingeführt. Drei Landkreise haben sich gegen die Einführung eines Jobtickets ausgesprochen. In den verbleibenden Landkreisen bestehen Überlegungen, Jobtickets einzuführen.

Voraussetzung für die Abgabe eines Angebotes für ein Jobticket für einen Arbeitgeber durch die Verkehrsverbünde ist eine Mobilitätsstudie. Sie soll im Sommer dieses Jahres im Rheingau-Taunus-Kreis erstellt werden. Inhalt dieser Mobilitätsstudie ist die Abfrage des Mobilitätsverhaltens der Mitarbeiter. Danach werden dem Rheingau-Taunus-Kreis drei verschiedene Angebote mit unterschiedlichen Geltungsbereichen und Mitnahmeregelungen unterbreitet. Der Bericht über die Modalitäten der Angebotserstellung ist dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Güttler, Pörtner, Mosler, Linke-Diefenbach, Metternich, Kessner und Rossow.

Die Antragsteller sehen in der Mobilitätsstudie und in den daraufhin eingehenden Angeboten zur Preisgestaltung eine wichtige Grundlage zur Beschlussfassung über die eingebrachten Anträge. Die Anträge werden daher bis zum Vorliegen der Mobilitätsstudie zurückgestellt.

Der Ausschuss **beschließt stattdessen einstimmig bei einer Enthaltung:**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird darum gebeten, im EUKA umfassend über die zu erstellende Mobilitätsstudie und die darauf basierenden Angebote der Verkehrsunternehmen zum Jobticket zu informieren.

TOP 10. DS X/929 Möglichkeiten der Kommunalisierung des ÖPNV-Busverkehrs prüfen, Berichtsantrag Nr. 28/18 der LINKEN; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 11. DS X/930 Kundenbeteiligung im ÖPNV, Berichtsantrag Nr. 12/18 der SPD-Fraktion, hier: Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 12. DS X/931 Nachbarschaftstarif zwischen Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis zum Fahrplanwechsel 2018/2019, Antrag Nr. 40/18 der SPD-Fraktion, hier: Stellungnahme der Verwaltung

Der EUKA dankt dem Kreisausschuss und Landrat Kilian für das Engagement, das die Einführung des Nachbarschaftstarifs für die an Wiesbaden angrenzenden Kommunen Niedernhausen, Schlangenbad, Taunusstein und Eltville zum Fahrplanwechsel 2019/2020 bewirkt hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 13. DS X/932 Einführung des Jugendtaxi im Rheingau-Taunus-Kreis, Berichtsantrag Nr. 24/18, hier: Stellungnahme der Verwaltung

Der TOP 13 wird im EUKA nicht beraten.

**TOP 14. DS X/935 WLAN in Bussen, Antrag Nr. 35/18 der CDU-Fraktion;
hier: Stellungnahme der Verwaltung**

Der TOP 14 wird gemeinsam mit dem TOP 24 beraten.

Abg. Linke-Diefenbach erscheinen die in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Kosten für die WLAN- Ausstattung der Busse sehr hoch. KB Döring bekräftigt, dass mit den angegebenen Kosten zu rechnen ist. Die Gesamtsumme der erforderlichen Investitionen kann noch nicht genannt werden, da das WLAN zunächst auf Strecken mit langer Linienführung eingeführt werden soll.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler, Pörtner, Linke-Diefenbach, Kessner und Rossow.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 20. Mai 2019 wird einstimmig bei drei Enthaltungen beschlossen.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei drei Enthaltungen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, zusammen mit der RTV in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) zu prüfen, ob ein oder zwei Buslinien im Rheingau-Taunus-Kreis mit kostenlos verfügbarem WLAN ausgestattet werden können, um so die Attraktivität des ÖPNV zu steigern.
2. Ein Bericht, welches ein mögliches Konzept für ein Pilotprojekt im Rheingau-Taunus-Kreis auch hinsichtlich der technischen Voraussetzungen und finanziellen Rahmenbedingungen beinhaltet, ist dem Kreistag vorzulegen.

**TOP 15. DS X/947 Berichtsantrag Nr. 07/19 der AfD-Kreistagsfraktion vom 26-02-2019
betr.: Radweg zwischen Rüdesheim und Lorch, Stellungnahme
der Verwaltung**

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Abg. Kessner weist auf die lange Bauzeit des Radweges hin.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 16. DS X/958 Antrag Nr. 34/17 der AfD-Fraktion vom 06.10.2017
betr.: Ortsumgehung B 275, Idstein-Eschenhahn, geplanter
Rückbau der K 708; Stellungnahme der Verwaltung**

Abg. Kessner erläutert den Antrag der AfD-Fraktion vom 6. Oktober 2017.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 17. DS X/962 Willkommensbeschilderung im Rheingau-Taunus-Kreis betr. Antrag Nr. 37/18 der CDU-Fraktion vom 18.09.2018; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 18. DS X/964 Förderung der Artenvielfalt und Insektenfreundlichkeit, Antrag Nr. 17/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.04.2018, Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 19. DS X/983 Machbarkeitsstudie Rheinbrücke, Berichtsantrag Nr. 07/19 der AfD-Fraktion, DS X/911; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Abg. Rossow fragt nach, ob die Zeitangaben in der Stellungnahme der Verwaltung im weiteren Verfahren konkretisiert werden können.

Landrat Kilian sagt zu, regelmäßig im EUKA und im Bericht des Landrates im KT über den Fortschritt der Machbarkeitsstudie zu berichten.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 20. DS X/984 Reaktivierung Aartalbahn, Berichtsantrag Nr. 01/19 der Fraktion DIE LINKE, DS X/869; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 21. DS X/998 Klimaschutz in den eigenen Liegenschaften; hier: Berichts-
antrag Nr. 08/19 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
07.05.2019, eingegangen am 22.05.2019**

Dem Berichtsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE Grünen wird ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Beschlussfassung des Konzepts zum Klimaschutz in den eigenen Liegenschaften fand im Kreistag am 08.04.2014 statt. Der Kreistag hat im Rahmen der Haushaltsberatungen am 07.02.2017 das Konzept zur Kenntnis genommen. Die Einstellung einer Person, die dieses Konzept umsetzen sollte, wurde mit der Begründung abgelehnt, die Umsetzung solle durch die Verwaltung und vorhandenes Personal erfolgen.

Deshalb hat die antragstellende Fraktion die folgenden Fragen zum Umsetzungsstand:

1. Wie ist der Sachstand der Umsetzung insgesamt?
2. Gibt es eine Zeitschiene zur Umsetzung dieses Konzepts?
3. Wer ist mit der Umsetzung des Konzeptes befasst?
4. An welchen Schulen wurden aufgrund des Konzeptes energetische Maßnahmen durchgeführt?
5. Wie viel Personal steht in der Kreisverwaltung für die Umsetzung des Konzepts zur Verfügung?
6. Wurden Aufträge vergeben zur Umsetzung einzelner Maßnahmen an den Schulen?

**TOP 22. DS X/977 Abschaffung der kommunalen Straßenausbaubeiträge bei Kos-
tenausgleich durch das Land (Gemeinsame Erklärung der Bür-
germeister v. 12. April 2019)**

Nach umfassender Aussprache, an der sich die Abg. Mosler, Rossow, Metternich, Güttler, Linke-Diefenbach und Landrat Kilian beteiligen, empfiehlt der Ausschuss dem Ältestenrat und dem KT einstimmig bei zwei Enthaltungen, die DS X/977 auf die TO II des Kreistages zu setzen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei zwei Enthaltungen**

Beschluss:

1. Der gemeinsamen Erklärung der Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden vom 12. April 2019 (Anlage I) wird zugestimmt.
2. Die darin enthaltenen Forderungen werden der Hessischen Landesregierung mit der Bitte um unverzügliches Tätigwerden zugeleitet.
3. Im Hessischen Landkreistag (HLT) soll eine Initiative zur Positionierung der hessischen Landkreise erwirkt werden.

**TOP 23. DS X/1002 Kostenfreies Busticket für Kreisbedienstete;
hier: Antrag Nr. 18/19 der SPD-Fraktion vom 22.05.2019**

Der TOP 23 wurde gemeinsam mit TOP 9 beraten.

**TOP 24. DS X/1004 Einführung WLAN in Bussen;
hier: Antrag Nr. 20/19 der CDU-Fraktion vom 20.05.2019, eingegangen am 22.05.2019**

Der TOP 24 wurde gemeinsam mit TOP 14 beraten.

**TOP 25. DS X/1005 Radschnellweg;
hier: Antrag Nr. 21/19 der CDU-Fraktion vom 20.05.2019, eingegangen am 22.05.2019**

Abg. Mosler erläutert den Antrag. Abg. Güttler bittet darum, den Antrag in Punkt 2 zu ändern: Der Kreisausschuss wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen und dem hessischen Wirtschaftsministerium eine Radschnellwegenutzung im Rheingau (ausgenommen des Leinpfades) im Rahmen des Mobilitätskonzeptes zu besprechen. Das Ergebnis der Besprechung ist dem Kreistag vorzulegen.

Der Antragsteller übernimmt diese Formulierung in seinen Antrag.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig:

1. Der Kreistag spricht sich gegen die Nutzung des Leinpfades für einen Radschnellweg aus.
2. Der Kreisausschuss wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen und dem hessischen Wirtschaftsministerium eine Radschnellwegenutzung im Rheingau (ausgenommen des Leinpfades) im Rahmen des Mobilitätskonzeptes zu besprechen. Das Ergebnis der Besprechung ist dem Kreistag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

TOP 26. DS Verschiedenes

Abg. Metternich regt an, das Ratsinformationssystem für den Rheingau-Taunus-Kreis zu einem übersichtlichen Informationsportal auszubauen, das auch für Bürger zugänglich ist.

Landrat Kilian erläutert dazu, dass die Anregung schon im Ältestenrat diskutiert wurde und eine

Optimierung des Ratsinformationssystems geplant sei.

Der Ausschussvorsitzende Weimann dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:28 Uhr.

Bad Schwalbach, 12. Juni 2019

(Paul Weimann)
Ausschussvorsitzender

(Yvonne Grein)
Schriftführerin